

zuführen, um das Elend der 5 Millionen Indios des Landes zu erleichtern. Die mexikanischen Bischöfe gaben diese Erklärung beim Abschluß ihrer Vollversammlung in Mexico City ab. Sie stellten fest, die „beklagenswerten Verhältnisse der mexikanischen Indianer seien gekennzeichnet durch eine große unverdiente Armut, ein unvollkommenes religiöses und moralisches Leben, das Fehlen kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Bildung, den Mangel an Hygiene und durch viele Krankheiten“. Die Isolierung, in der die Indianer infolge der fehlenden Verbindungswege und der vielen Dialekte leben, wird ewig unverändert durch die Jahrhunderte fort dauern und ernste Folgen für sie selber und die Nation haben, wenn ihnen nicht geholfen wird. Zu ihrer Hilfe sollen folgende acht Punkte dienen:

1. Förderung der religiösen Unterweisung;
2. Errichtung eines elementaren Unterrichtssystems;
3. Bezahlung gerechter Löhne, wenigstens eines Existenzminimums;
4. Erziehung zur Hygiene und zu Kenntnissen in der Hauswirtschaft;
5. Erziehung zur Sparsamkeit;
6. ein Programm, um das große Problem des Alkoholismus zu bekämpfen;
7. Schaffung von Verkehrswegen, um die Indianergebiete der Nation einzugliedern;
8. Zusammenarbeit der bereits bestehenden interessierten Institutionen.

In diesem Zusammenhang wies die bischöfliche Erklärung auf das Wirken der Jesuiten von Tarahumara hin, von der wir oben gesprochen haben; sie können etwa 30 000 Indianer betreuen.

Einen ähnlichen und von diesem inspirierten 8-Punkte-Plan schlug im März dieses Jahres Bischof Silvio Luis Haro von Ibarra in Ecuador vor. Dort allerdings hat die Sorge um die Indios eine weit größere Bedeutung, da sie über die Hälfte der Nation ausmachen (Ecuador hat 3,5 Millionen Einwohner, von denen nur eine halbe Million Weiße, die übrigen Indios und Mischlinge sind).

In Guatemala besteht die Bevölkerung von 3,5 Millionen Menschen zu 65 % aus Indianern und zu 35 % aus Mischlingen und Europäern. Erzbischof Mariano Rossel Arellano von Guatemala City setzte sich für die große Indianerbevolkerung in einem Hirtenbrief im Oktober 1957 dringend ein. Fast hundert Jahre lang habe man den Indianern Guatemalas keinerlei Gelegenheit gegeben, ihr Los zu verbessern. Allzu lang sind die Indianer nur ausgenutzt worden zu Zwangsarbeit auf den Plantagen und beim Straßenbau, beim Militär und als touristische Attraktion. „Der Eingeborene spielt eine große Rolle im sozialen Leben Guatemalas: er hat einen großen Anteil an der Landwirtschaft ebenso wie beim Militär. Aber wenn man bedenkt, daß er die große Mehrheit unseres Volkes ausmacht, muß man sich fragen, ob er mit dem Minimum von Demokratie behandelt wird, das in anderen Ländern rassische oder sprachliche Minderheiten erfahren...“ Warum werden die Gesetze nicht auch in ihre Sprache übersetzt? Warum gibt es keine besonderen Schulen für diese künstlerisch so begabte Rasse? Warum gibt es keinen gesetzlichen Schutz für sie gegen Ausbeutung ihrer Kräfte? Als Mitglieder der guatemalteckischen Gemeinschaft haben sie ein Recht auf die kulturellen Güter der Nation und darauf, als Menschen behandelt und in ihren Sitten beschützt zu werden. „Der eingeborene Teil ist die große mensch-

liche Schatzkammer Guatemalas.“ Der Erzbischof fordert daher für den guatemalteckischen Indio soziale Gerechtigkeit und Unterricht.

Wenn diese Bemühungen der lateinamerikanischen Episkopate Erfolg haben, wenn die Regierungen auf ihre Mahnungen hören, so können die lateinamerikanischen Länder zu anderen Nationen werden, als sie es jetzt sind und vor allem sein möchten: weniger spanisch, weniger portugiesisch, „realer“ und darum zweifellos auch für die Verkündigung der Kirche ansprechbarer und damit christlicher.

## Das neo-marxistische Parteiprogramm der österreichischen Sozialisten

Die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) hat auf ihrem Parteitag in Wien am 13. und 14. Mai 1958 einstimmig das neue Parteiprogramm beschlossen, zu dem der Parteitag vom November 1957 einen ersten Entwurf, „Vorentwurf“ genannt, geliefert hatte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 243 ff.). Dieser Vorentwurf löste eine lebhaft diskutierte Diskussion in der Partei aus; etwa 7400 Veranstaltungen fanden statt, und fast 1400 ergänzende und abändernde Anträge wurden gestellt, worauf die Programmkommission einen neuen Entwurf ausarbeitete, der nun zum Beschluß erhoben worden ist.

Gegenüber dem ersten Entwurf ist das vorliegende Programm erheblich gekürzt und auch inhaltlich geändert. Es beginnt mit der Darlegung der allgemeinen Grundsätze der Sozialisten; dann folgen vier Kapitel: Staat und Gesellschaft; Wirtschaft; Sozialpolitik; Kulturpolitik und ein Schlußwort „Sozialismus — heute und morgen“.

### „Freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit“ und Demokratie

Das Ziel der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist (wie schon das Vorprogramm sagte) „die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit“. Die Klassen sollen beseitigt und der Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit gerecht verteilt werden. „Daher kämpfen die Sozialisten gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung durch politische Gewaltherrschaft und privatwirtschaftliche oder staatskapitalistische Macht. Sie wollen die Selbstsucht der kapitalistischen Profitwirtschaft durch eine neue Gesinnung der freien Arbeit ersetzen, die die wirtschaftliche Tätigkeit als bewußten Dienst an der Gemeinschaft auffaßt.“

Die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit ist nur auf dem Boden der Demokratie möglich. „Die Sozialisten bekennen sich uneingeschränkt zur Demokratie. Sie waren immer Verteidiger, niemals Beseitiger der Demokratie.“ Sozialismus und Demokratie stehen in einem engeren Konnex miteinander: „Sozialismus ist uneingeschränkte, politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie; Sozialismus ist vollendete Demokratie.“

### Abgrenzung zum Kommunismus

Der Kommunismus wird entschieden abgelehnt. Doch gegenüber dem Vorentwurf ist die Ablehnung diesmal viel zahmer gehalten. Es heißt nun: „Zwischen Sozialismus und Diktatur gibt es keine Gemeinschaft. Daher sind die Sozialisten unbeugsame und kompromißlose Gegner des Faschismus wie des Kommunismus.“ Und im Schlußwort: „Der Sozialismus kann sich weder mit dem Kommunismus noch mit dem Kapitalismus versöhnen.“ Viel

anschaulicher und propagandistisch wirksamer war die Kennzeichnung und Verurteilung des Kommunismus im Vorentwurf.

#### „Partei aller Arbeitenden“

Die SPÖ will die „Partei aller Arbeitenden“ sein und will daher auch den Selbständigen in Stadt und Land und den Intellektuellen und den Akademikern etwas bieten. Sie will zwar die wirtschaftlichen Schlüsselstellen in eine „Gemeinwirtschaft“ einordnen und eine umfassende Kontrolle und Lenkung einrichten, zugleich aber auch das bäuerliche und gewerbliche Arbeitseigentum sichern. (Die Bauern und Gewerbetreibenden, die zum weitaus größten Teil im Lager der ÖVP stehen, brauchen also keine Angst vor Wegnahme ihres Eigentums zu haben.)

Die im Vorentwurf gemachten Feststellungen, daß sich die moderne Gesellschaft völlig anders entwickelt habe, als es Karl Marx im kommunistischen Manifest vorausgesagt hat, sind gestrichen, offenbar weil dies als ein zu unterschiedenes Abrücken vom Marxismus empfunden wurde.

#### Sozialismus und Religion

Unter den allgemeinen Grundsätzen erscheint auch das Kapitel „Sozialismus und Religion“, das im Vorentwurf „Sozialismus und Kirche“ hieß und dreimal so umfangreich war. Die neue Fassung lautet:

„Der Sozialismus ist eine internationale Bewegung, die keineswegs eine starre Gleichförmigkeit der Auffassungen verlangt. Gleichviel, ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder andersbegründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens.

Die Sozialisten achten das Bekenntnis zu einem religiösen Glauben wie zu einer nichtreligiösen Weltanschauung als innerste persönliche Entscheidung jedes einzelnen. Sie stehen daher zu dem Grundsatz der Gleichberechtigung aller Bekenntnisse in der staatlichen Ordnung.

Von den großen Religionsgemeinschaften erkennen insbesondere die christlichen Kirchen die Notwendigkeit von sozialen Reformen an. Sozialismus und Christentum als Religion der Nächstenliebe sind miteinander durchaus vereinbar. Zwischen dem auf einer sittlichen Gesinnung beruhenden Sozialismus und den Religionsgemeinschaften kann es keine Konflikte geben, wenn diese es vermeiden, für die Durchsetzung konfessioneller Forderungen oder in der Auseinandersetzung mit anderen Weltanschauungen staatliche Machtmittel anzuwenden.

Sozialismus und Religion sind keine Gegensätze. Jeder religiöse Mensch kann gleichzeitig Sozialist sein.“

Der Vergleich mit dem Vorentwurf zeigt, daß dessen positive Ansätze, die Gegensätze zwischen Sozialismus und Kirche zu bereinigen und eine Verständigung und Zusammenarbeit zu suchen, aufgegeben und durch verwachsene und im Grunde ablehnende Formulierungen ersetzt worden sind.

Zunächst fällt auf, daß die Feststellung, der Sozialismus wolle keine Weltanschauung und kein Religionsersatz sein, weggelassen ist. Gerade um die Frage, ob und inwieweit der Sozialismus Weltanschauung ist, hatte sich eine lebhafteste Kontroverse im sozialistischen Lager ergeben,

indem die einen die Frage entschieden bejahten, die anderen ebenso entschieden verneinten. So blieb nicht anderes übrig, als der Frage auszuweichen.

Wesentlich sind zwei Wendungen im neuen Programm: 1. Das Bekenntnis zu einem religiösen Glauben wie auch zu einer nichtreligiösen Weltanschauung ist „als innerste persönliche Entscheidung jedes einzelnen“ zu achten, d. h. als reine Privatsache anzusehen ohne Auswirkung und Ansprüche an das öffentliche Leben und in völliger Absehung der Existenz der Kirchen.

2. „Zwischen dem . . . Sozialismus und den Religionsgemeinschaften kann es keine Konflikte geben . . .“

Demgegenüber hatte der Vorentwurf richtig erkannt, daß sich sehr wohl zwischen dem Sozialismus und den Religionsgemeinschaften „Berührungspunkte, unter Umständen auch Streitpunkte ergeben, die es zu regeln gibt“, da einerseits der Sozialismus gegenüber den ethischen Normen nicht gleichgültig sein kann und andererseits die großen Weltanschauungen mit ethischen Normen verknüpft sind, die sich auch auf das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben auswirken. Diese Auswirkung wurde im Vorentwurf offensichtlich als natürlich und legitim betrachtet, während die neue Fassung von diesen Problemen überhaupt keine Notiz nimmt. Wenn es weiter heißt, daß es zwischen dem Sozialismus und den Religionsgemeinschaften keine Konflikte geben könne, „wenn die Religionsgemeinschaften es vermeiden, für die Durchsetzung konfessioneller Forderungen oder in der Auseinandersetzung mit anderen Weltanschauungen staatliche Machtmittel anzuwenden“, so spricht aus dieser Formulierung eine ablehnende Haltung gegenüber Religion und Kirche: Wenn es Konflikte gab oder gibt, dann ist nur die Kirche, nie aber der Sozialismus schuld (der ja immer den geraden Weg allseitiger Toleranz gegangen sei). Im Vorentwurf war immerhin zugegeben worden, daß „sich die Kirchen durch manche sozialistischen, zumeist vom Liberalismus übernommenen Anschauungen angegriffen fühlten“. Man muß ferner fragen, was eigentlich mit der „Durchsetzung konfessioneller Forderungen“ gemeint ist. Offenbar jede Lebensäußerung der Kirche über den Kultraum hinaus, jede Stellungnahme zu weltanschaulich relevanten Fragen des öffentlichen Lebens, jeder Versuch einer Gestaltung aus christlichen Prinzipien. Der Kirche wird kein Raum des öffentlichen Wirkens zugebilligt.

Im neuen Text fehlt auch die im Vorentwurf enthaltene Versicherung, daß der Sozialismus bereit sei, mit allen Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften positiv zusammenzuarbeiten: übereinstimmend mit dem Vorentwurf ist jede Stellungnahme zu dem Fragenkomplex kirchliches Eherecht, konfessionelle Schule, Konkordat vermieden.

Es folgt das Kapitel über Staat und Gesellschaft. Auf dem Gebiet der internationalen Fragen setzt sich die SPÖ für die rasche Liquidierung der Reste des Kolonialismus, für die Einigung Europas, für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands, für die Wiederherstellung der Freiheit aller Völker und für die Respektierung der Rechte der Südtiroler Bevölkerung ein.

#### Das Recht der kleinen Gemeinschaften wesentlich abgeschwächt

In der innerstaatlichen Ordnung wird die Bedeutung einer „freien und unabhängigen Selbstverwaltung der Gemein-

den“ und der Mitentscheidung und Mitverantwortung der Staatsbürger in der Gemeindeverwaltung als Erziehung zur Demokratie hervorgehoben. Weggefallen aber ist der ganze Abschnitt, beginnend mit „Der übermäßige Staatseinfluß...“ (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 243 rechts unten), in welchem in Formulierungen, die ganz an die Vogelsang-Schule erinnern, die Schädlichkeit eines übermäßigen Staatseinflusses, die Bedeutung der Tätigkeit der freien Organisationen und der Mitarbeit jedes einzelnen in kleinen übersichtlichen Einheiten betont wird. Inzwischen hat man offenbar erkannt, daß solche Formulierungen der sozialistischen Tradition wenig entsprechen und daher besser wegbleiben.

### *Förderung der Familie*

In den Kapiteln „Frauenfragen“ und „Familien- und Bevölkerungspolitik“ wird wie im Vorentwurf die gesellschaftliche Anerkennung der Hausfrauenarbeit und die Wertung der Mutterschaft als sozialer Leistung gefordert. „Mütter von Kleinkindern [nicht Mütter überhaupt] sollen nicht aus finanziellen Gründen gezwungen sein, einer Erwerbsarbeit nachzugehen.“

Die im Vorentwurf behandelte Frage der Schwangerschaftsunterbrechung — mit der Tendenz nach weitgehender Lockerung der strafrechtlichen Bestimmungen und Anerkennung auch der sozialen, nicht bloß der medizinischen Indikation — ist im neuen Text gestrichen.

Zur Familienfrage im besonderen wird (wie im Vorentwurf) festgestellt, daß „die Geborgenheit in der Familie eine wesentliche Voraussetzung für die harmonische Entwicklung der Kinder“ ist und „die Festigung der Familie in erster Linie ein moralisches und soziales [im Vorentwurf ein moralisches und erzieherisches] Problem“ ist. Im einzelnen fordert das Programm den Bau von Familienwohnungen, Hausratdarlehen; eine die Familie berücksichtigende Lohn- und Steuerpolitik, Verbesserung der Kinderbeihilfe, Beratung und Betreuung der Schwangeren und der Mütter sowie einen Familienbeirat zur Koordinierung aller Maßnahmen zugunsten der Familie. Diese Forderungen sind wesentlich dieselben, welche die österreichischen Familienorganisationen (Österreichischer Familienbund und Katholischer Familienverband) schon seit Jahren immer wieder erhoben haben, zum Teil mit schönem Erfolg.

### *Das Ideal der kommenden Wirtschaftsordnung: „Gemeinwirtschaft“*

Das Ziel der sozialistischen Bewegung ist eine „gemeinwirtschaftliche Ordnung, in der die privatkapitalistische und staatskapitalistische Macht beseitigt und durch einen demokratischen Ausgleich persönlicher und gemeinwirtschaftlicher Interessen ersetzt wird“. Die Kennzeichen dieser „gemeinwirtschaftlichen Ordnung“ lassen sich in drei Hauptpunkte zusammenfassen:

1. „Volle Verfügungsgewalt über die entscheidenden Produktionsfaktoren“;
2. Umfassende demokratische Kontrolle und Mitbestimmung;
3. Langfristige Lenkung und Planung.

Das geplante Wirtschaftssystem „schließt ein, daß die Unternehmerinitiative, der Wettbewerb und der Preismechanismus im Rahmen einer ausschließlich der Allgemeinheit dienenden Wirtschaft einen weiten Spielraum haben werden“.

Und weiter: „Nur das Gemeinwohl wird darüber zu entscheiden haben, welche Unternehmungen zu vergesellschaften sind. Eine Vergesellschaftung wird hauptsächlich für jene großen Unternehmungen in Frage kommen, deren Machtstellung das wirtschaftliche und politische Gesamtinteresse gefährdet. Unter diesen Voraussetzungen sind die Eigentümer im Falle der Vergesellschaftung nach dem inneren Wert der übertragenen Vermögensgegenstände voll zu entschädigen.“

Klein- und Mittelbetriebe sowie Eigentum, das der eigenen Arbeit dient, sollen keinesfalls vergesellschaftet werden. Angesichts der klein- und mittelbetrieblichen Struktur der österreichischen Wirtschaft werden somit weite Bereiche auch in Zukunft der privaten Unternehmertätigkeit vorbehalten bleiben.“

Vergesellschaftung bedeutet nicht Verstaatlichung: „Die verstaatlichten Betriebe dürfen nicht reprivatisiert werden, sondern sind in der Regel in gemeinwirtschaftliche Unternehmungen umzuwandeln.“ Die Rechtsform dieser Unternehmungen wird verschieden sein. Eine besondere Aufgabe werden die Genossenschaften haben.

Zur demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung heißt es, daß drei Faktoren an der Führung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen mitzuwirken haben: „die öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften, vertreten durch Bund, Länder und Gemeinden“; die Konsumenten und schließlich die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Aufgaben der drei Faktoren sind sehr weitreichend: „Festlegung des Arbeitsprogrammes des Unternehmens, Entscheidung über die wichtigen Investitionen und die Entwicklung des Betriebes, Aufsicht über die Betriebsleitung, Gestaltung der sozialen und menschlichen Beziehungen zwischen der Betriebsleitung und den Arbeitern und Angestellten.“ Die Handlungsfreiheit der Betriebsleiter in der Führung des Betriebes ist also sehr eingeschränkt. Das scheint aber kein Problem zu sein, denn anschließend heißt es einfach: „Im Rahmen dieser allgemeinen Beschlüsse haben die angestellten Leiter der Betriebe in größtmöglicher Freiheit und Verantwortung zu wirken. Von ihnen wird erwartet, daß sie die Interessen der Allgemeinheit mit denen ihres Betriebes und der darin beschäftigten Arbeiter und Angestellten vereinbaren.“ Man kann wohl sagen, daß ihre Arbeit nicht leicht sein wird. Außerdem gibt es als Träger der in die Wirtschaft eingreifenden „Wirtschaftsdemokratie“ noch die Gewerkschaften, Arbeiterkammern und verschiedene Wirtschaftskommissionen.

Der dritte Punkt ist die Lenkung und Planung: „Eine Plankommission [man würde das Wort „Planungskommission“ erwarten], die unmittelbar dem Parlament untersteht und zu berichten hat, wird die Wirtschaftspläne ausarbeiten. Sie werden ein elastisches Rahmenprogramm und ein jährliches Nationalbudget umfassen. Instrumente der Planung und Lenkung werden vor allem die öffentlichen und privaten Investitionen, die Kredit-, Zoll- und Steuerpolitik und die Beeinflussung des Kapitalmarktes sein... Die Plankommission hat aus unabhängigen Fachleuten zu bestehen, die keine berufliche Tätigkeit in der Wirtschaft ausüben dürfen.“

Weitere Abschnitte befassen sich mit der Landwirtschaft und dem Gewerbe, wobei eine große Zahl Forderungen erhoben wird, weithin dieselben, wie sie auch von den Organisationen dieser Wirtschaftszweige erhoben werden,

mit besonderer Berücksichtigung der Klein- und Mittelbetriebe.

Überblickt man das Ganze des sozialistischen Wirtschaftskonzeptes, so kann wohl nicht verkannt werden, daß trotz der Begrenzung der Vergesellschaftung und trotz Geltenslassens der privaten Unternehmerinitiative im Sektor der mittleren und kleinen Betriebe der Trend in Richtung einer umfassenden Kollektivierung und Reglementierung geht. Dem privaten Unternehmer und auch dem Betriebsleiter der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen bleibt sehr wenig Raum für persönliche Gestaltungen und persönliche Verantwortung. Dem weiteren Vordringen der kollektiven Mächte ist keine Grenze gesetzt. Im Konfliktfall zwischen ihnen und dem Betriebsleiter werden sie immer die Stärkeren sein und den Unternehmer zur Kapitulation zwingen.

Das Kapitel „Sozialpolitik“ bietet wenig markante Thesen: Milderung der wirtschaftlichen Abhängigkeit, Höchstmaß an sozialer Sicherheit, weiterer Ausbau des Sozialrechtes, wirksamer Schutz vor Versetzung, Kündigung und Entlassung, 40-Stunden-Woche als Nahziel, Ausbau des Volksgesundheitsdienstes, Volkspension.

#### *Kulturpolitik unter Ausschaltung der Religion*

Sehr bedeutsam für die Beurteilung der weltanschaulichen Haltung der SPÖ ist das Kapitel „Kultur“. Es ist getragen von einem unproblematischen Optimismus und Glauben an den kulturellen Aufstieg des gesamten Volkes als Krönung der sozialistischen Bewegung und schließt mit dem Bekenntnis zur neuen, klassenlosen Gesellschaft und zu einem „neuen sozialistischen Humanismus“. Mit keinem Worte werden die auch von Sozialisten bestätigten Erfahrungen erwähnt, daß die materielle Besserstellung weithin eine seelische Verarmung zur Folge hatte. Vielmehr ist unausgesprochen die Meinung im Programm enthalten, daß nun nach Erringung der politischen Gleichberechtigung die Bahn frei gemacht sei, dem Volke die ihm bisher vorenthaltenen Kulturgüter zu vermitteln.

In der Schulfrage ist folgender Satz aufschlußreich: „Die öffentliche Gemeinschaftsschule, in der alle Kinder gemeinsam unterrichtet und erzogen werden, bildet die Grundvoraussetzung für die Entwicklung lebendiger staatsbürgerlicher Gesinnung.“ Das heißt, der konfessionellen Schule wird kein Lebensrecht zuerkannt. Sie soll grundsätzlich nicht sein (und könnte höchstens im beschränkten Umfang geduldet werden, was ja die Sozialisten bei den Schulverhandlungen bereits zugestanden haben). Ebenso wird in der Frage der Volksbildung (= Erwachsenenbildung) eine religiös-orientierte Bildung abgelehnt: „Die Volksbildung hat grundsätzlich freiwillig, gemeinnützig, überparteilich, überkonfessionell und frei von bürokratischer Bevormundung zu sein.“ Im besonderen wird die

Errichtung von „Volkshäusern“ und Jugendheimen in Stadt und Land gefordert. „Solche Volkshäuser sollen allen Schichten des Volkes Gelegenheit zur Weiterbildung, zur Geselligkeit, zur Pflege der Kultur bieten.“ Also auch hier wird die Religion aus den wesentlichen Bildungsvorgängen eliminiert. Bezeichnend ist dafür die bereits vor längerer Zeit erfolgte Erklärung eines prominenten Sozialisten, daß das Dorfgemeinschaftshaus ein Gegenpol zum Pfarrhof sein solle. Das Programm stellt im übrigen eine längere Liste von Forderungen hinsichtlich Schule und Volksbildung auf, die heute zum großen Teil auch von anderer Seite erhoben werden: Ausdehnung der Schulpflicht auf 9 Schuljahre, Pflichtfortbildungsschule bis zum vollendeten 18. Lebensjahr für alle, Begabtenförderung durch eine größere Zahl von Stipendien, bessere Dotierung der Wissenschaft und Hochschule usw. Es sagt aber sehr wenig über die Bildungsinhalte. Spezifisch sozialistische Forderungen sind die (von der Gegenseite scharf abgelehnte) allgemeine Mittelschule („einheitlicher Schulaufbau bis zum Ende der Schulpflicht...“, differenzierte Organisation der Mittelstufe“) und die Koedukation in der nicht sehr klaren Formulierung „Unterricht und Erziehung beider Geschlechter durch Lehrer und Lehrerinnen“, also auch ohne eigene Bildungsziele für Mädchen.

#### *Sozialismus als Messianismus*

Das Schlußwort des Programmes ist von dem gleichen Messianismus erfüllt wie der Vorentwurf: der Sozialismus im Zweifrontenkrieg gegen Kapitalismus und kommunistische Diktatur; die neue Technik und Wissenschaft — eine Herausforderung an alle Menschen, dem Neuen auch in der Gesellschaft einen Weg zu bahnen, einen Weg, den (nur) der Sozialismus öffnet. „Die Sozialisten glauben an die Entwicklung, die die Menschen selbst herbeiführen helfen oder hindern können. Allein der Sozialismus hat den Menschen eine Zukunft ohne Angst und ohne Hunger, in Frieden und Freiheit zu bieten. Dann kann der uralte Traum verwirklicht werden, daß die Schwerter in Pflugscharen umgeschmiedet werden. Dann wird ein Geschlecht erwachsen, frei von Furcht und Not, in Wohlstand und Sicherheit, aufrecht und aufgeschlossen den Künsten und Wissenschaften, das eigene Geschick in demokratischer Selbstverantwortung formend.

Das wird die Welt des Sozialismus sein, in der die freie Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen die Voraussetzung ist für die fruchtbare Entwicklung der ganzen Menschheit.“

Mit diesen Sätzen schließt das Parteiprogramm. An keiner anderen Stelle tritt so deutlich hervor, wie sehr sich der Sozialismus als Weltanschauung fühlt, die allen Lebensfragen genügt und keine anderen geistigen Mächte neben sich braucht.

## Aus der Ökumene

### Vierzig Jahre russisches Patriarchat

Die Wiederherstellung des von Peter dem Großen abgeschafften russischen Patriarchats nach dem Sturz des Zarenreiches hat wesentlich zur Erneuerung der russischen Kirche beigetragen. Anlässlich des 40. Jahrestages dieses

Ereignisses fand im Mai 1958 eine Zusammenkunft von Oberhäuptern und Vertretern fast aller orthodoxen Kirchen in Moskau statt. Die damit unterstrichene gesamtorthodoxe Bedeutung des Moskauer Patriarchats läßt die Betrachtung einiger ihrer historischen Hintergründe und Auswirkungen angebracht erscheinen.